

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 103 (2023)
Heft: 1103

Rubrik: Politik für Zyniker ; Markt und Moneten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITIK FÜR ZYNIKER

Demokratie braucht bockige Bürger

Am 15. Dezember 1867 versammelten sich an mehreren Orten im Kanton Zürich Zehntausende von Bürgern und forderten mehr demokratische Mitsprache. Die sogenannte «demokratische Bewegung» verlangte eine neue Verfassung mit Volksinitiative, Referendum und Volkswahl der Regierung, welche in Sachen direkte Demokratie schweiz- und weltweit neue Massstäbe setzte.

In Zürich wie auch in anderen Kantonen und später auf Bundesebene brauchte es den starken und beharrlichen Druck von unten, um diesen Durchbruch zu erzielen. Die herrschenden Liberalen wehrten sich mit Händen und Füssen gegen die demokratische Bewegung, wie der Politologe und alt Nationalrat Andreas Gross in seinem jüngst erschienenen Buch «Landbote vs. NZZ» schreibt. Doch der Unmut über die Dominanz und die Machtmissbräuche des «Systems» um den Industriellen Alfred Escher war zu gross geworden.



Lukas Leuzinger

ist stellvertretender Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.

Politiker geben nie freiwillig Macht ab – sie streben nach möglichst viel Einfluss bei möglichst wenig Rechenschaftspflicht. Entscheidend sind daher starke Gegengewichte in Form anderer Akteure: Das können Institutionen wie jene der «Checks and Balances» in den USA sein. Oder die Bürger in direktdemokratischen Systemen wie der Schweiz. Diese Gegengewichte sind mühsam und ärgerlich für Politiker. Kein Wunder, versuchen sie, solche Hindernisse wo immer möglich aus dem Weg zu schaffen oder zu

umschiffen: Man denke nur daran, wie das Schweizer Parlament Volksinitiativen immer wieder widerwillig und halbhatzig umsetzt. Oder wie in den USA beide Parteien versuchen, den obersten Gerichtshof mit loyalen Getreuen zu besetzen.

Gegen die Versuchung des Machtmissbrauchs hilft nur stete Wachsamkeit. Das gilt für Institutionen, vor allem aber für die letzten Verantwortlichen in der Demokratie: das Volk. Die Geschichte der demokratischen Bewegung im Kanton Zürich zeigt eindrücklich: Demokratie ist nicht gottgegeben. Um zu überleben und sich weiterzuentwickeln, ist sie vor allem auf eines angewiesen: bockige Bürger, welche die Macht in die Schranken weisen.

MARKT UND MONETEN

Der Markt ist die moralische Institution

Neue Regeln und Verbote bedrohen freiheitliche Prinzipien. «Seien Sie solidarisch, sparen Sie Strom!» «Seien Sie solidarisch, fliegen Sie nicht!» «Seien Sie solidarisch, lassen Sie sich impfen!» «Seien Sie solidarisch, essen Sie vegetarisch!» Es ist heute keine Frage des Lebensstils, solchen Aufrufen nachzukommen – es ist eine Frage der «Moral». Personen, die sich nicht an solche «moralische» Vorgaben halten, werden als Egoist, als Aluhut oder als Querdenker abgetan.

«Du sollst nicht töten.» «Du sollst nicht die Ehe brechen.» «Du sollst nicht lügen.» Moralische Aufrufe, hier aus den Zehn Geboten, sind nichts Neues. Sie bilden seit jeher die Basis des Zusammenlebens. Doch im Unterschied zu solchen grundlegenden Prinzipien spriessen heute Dutzende neue «moralische» Regeln, die für jeden Lebensbereich vorschreiben wollen, was man gerade zu tun und zu lassen hat. Dass diese Entwicklung zu Konflikten führt zwischen jenen, die die individuelle Freiheit hochhalten, und jenen, für die es nie genug Regeln und Verbote geben kann, ist klar. Letztlich geht es diesen Leuten darum, freiheitliche Prinzipien durch eine willkürliche «Moral» zu ersetzen.

Die Ökonomie kennt einen Mechanismus, der Freiheit und Moral gleichzeitig zulässt: den Markt. Hier werden Individuen angehalten, ihre eigenen Interessen freiwillig so zu verfolgen, dass das Interesse der Gesellschaft gefördert wird. Es geht nicht darum, Leute «moralisch»

umzuerziehen, sondern jene Güter bereitzustellen, die andere Leute in der Verfolgung ihrer individuellen Ziele gerne freiwillig kaufen würden. Der Markt ist eine höchst moralische Institution, die dieses Ziel ohne Zwang und ohne den sozialen Frieden zu gefährden erreicht. Dass dies sehr kostengünstig geschieht, sei nur am Rande erwähnt.

Sollen die drängenden Probleme unserer Zeit effizient gelöst werden, muss auf freiheitliche Prinzipien und auf den Markt gesetzt werden. Und nicht auf detaillierte «moralische» Regeln und Verbote nach Gusto einer Moralpolizei.



Alexandra Janssen

leitet die Vermögensverwaltung innerhalb der Ecofin-Gruppe. In ihrer Kolumne befasst sie sich mit den praktischen Erkenntnissen, die sich aus der ökonomischen Theorie ergeben.